

## Politische Bildung in Bremen – das Evangelische Bildungswerk setzt auf Bildung für die aktive Zivilgesellschaft

Hans-Gerhard Klatt



Evangelisches Bildungswerk Bremen  
Forum Kirche  
Hollerallee 75  
28209 Bremen  
Tel.: 0421 34615-33  
E-Mail: klatt.forum@kirche-bremen.de

### I. Wenn politisches Handeln gefragt ist

Das Menschenrecht auf Wohnen, formuliert im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, wie kann es in Bremen umgesetzt werden? So fragt seit zwei Jahren das Aktionsbündnis „Men-

schenrecht auf Wohnen“. Geschmiedet wurde es an Erfahrungen mit der Not von Wohnsitzlosen während der „Winterkirche“ der Gemeinde Unser Lieben Frauen in der Bremer Innenstadt. Gebildet wird das Bündnis von Gemeindeleuten, Sozialarbeiter(inne)n, Diakonischem Werk, Obdachlosen, Wohnungssuchenden aller Art bis hin zum AStA der Universität. Es hat sich erfolgreich als Gesprächsgegenüber der Politik etabliert und muss doch zusehen, dass es von Verwaltungsbeamten und Wohnungsbauprofis nicht immer wieder ins Hintertreffen gebracht wird.

Wenn es so ist, dass der in der Bremer Landesverfassung im Artikel 14 jedem Bewohner zugesprochene Anspruch auf eine angemessene Wohnung für immer mehr Menschen nicht realisiert werden kann, dann muss Kirche mehr tun, als für ein paar Stunden ihren Kirchenraum für ein warmes Essen und seelsorgerlichen Zuspruch zu öffnen. Sie muss auch politisch agieren.

An dieser Stelle kommt das Evangelische Bildungswerks ins Spiel: Gemeinsam mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt organisiert es Fachtage, in denen das Aktionsbündnis seine Erfahrungen reflektieren, sich fachliche Anregungen holen und auf die nächsten Schritte orientieren kann. Der jüngst von Andrej Holm, einem Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität Berlin, eingeholte Rat etwa lautet: Durch öffentliche Aktionen weiter politischen Druck zu erzeugen, damit die Ware „Mietwohnung und Wohnungsbau“ für Finanzhaie unattraktiv wird und der Staat zu einem Konzept für eine gemeinnützige Pflege des Wohnungsmarktes gedrängt wird.

Die Unterstützung des Aktionsbündnisses ist ein aktuelles Beispiel, wie das Bremer Weiterbildungs-

gesetz gelebt wird, das als Ziel u. a. vorgibt, Weiterbildung solle dazu befähigen, „im öffentlichen Leben an der Verwirklichung der Ziele der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen mitzuarbeiten“. Dieses Beispiel zeigt auch, wie kirchliches Handeln gegen „Gewinnmaximierung um jeden Preis“ mehr ist als ein neues Sozialwort der Kirchen auf Papier.

Die Evangelische Erwachsenenbildung ist aufgefördert, von solchen Eigenaktivitäten und Bildungserfahrungen zu erzählen, wenn im derzeitigen Themenjahr der Reformationdekade „Reformation und Politik“ Beiträge der Kirche zur Stärkung der Zivilgesellschaft gefragt sind.

Der Kirchentag der Bremischen Evangelischen Kirche gründete sein Bildungswerk vor genau 40 Jahren in eben jenem Jahr, in dem auch das Land Bremen sein Weiterbildungs- und sein Bildungsurlaubsgesetz verabschiedete. Es war das erklärte Ziel, sich als Kirche aktiv am öffentlichen Bildungsauftrag im Bereich der Erwachsenen zu beteiligen. So wurde das Evangelische Bildungswerk Bremen auf den Schwerpunkt „Politische Bildung“ aufgebaut, und noch heute ist sein Programm davon geprägt.

### II. Wenn die Einzelnen ihren gesellschaftlichen Ort suchen

„Mehr Demokratie wagen“ war der Wahlspruch der politischen Aufbruchstimmung in den Jahren 1972 bis 1974. In seinem Sinne ist im Bremer Weiterbildungsgesetz die Förderung der politischen Bildung an die erste Stelle gesetzt. Im Unterschied zu anderen Bundesländern hat Bremen normative Vorgaben in sein Weiterbildungsgesetz übernommen.

„Weiterbildung soll insbesondere dazu zu befähigen“, so heißt es in der aktuellen Gesetzesfassung in § 2,

„1. soziale und kulturelle Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch zu verarbeiten, um die gesellschaftliche Wirklichkeit und Stellung in ihr zu begreifen und verändern zu können;

2. die berufliche Qualifikation zu erhalten und weiterzuentwickeln sowie in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu bewerten;

3. die durch Geschlecht, kulturelle und soziale Herkunft, Behinderung oder durch gesellschaftliche Entwicklungsprozesse entstandenen und neu entstehenden Ungleichheiten zu überwinden und besondere biographische Umbruchsituationen zu bewältigen;
4. im öffentlichen Leben an der Verwirklichung der Ziele der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und des Grundgesetzes und der Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft mitzuarbeiten;
5. die sozialen, kulturellen, beruflichen und politischen Chancen in einem sich vereinigenden Europa zu nutzen und am Prozess der europäischen und internationalen Integration mitzuwirken;
6. unter Beachtung des Lebensrechtes aller Menschen und künftiger Generationen zur Schonung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen.“

Das Gesetz formuliert seine Zielsetzungen auf die einzelnen Teilnehmenden und ihre Handlungskompetenz hin. Weiterbildung soll sie befähigen, ihr Leben in allen seinen Herausforderungen zu bewältigen, mit den Veränderungen in der Arbeitswelt ebenso wie mit denen in der Gesellschaft mitzukommen und mit den Abbrüchen, Umbrüchen und neuen Aufbrüchen in der eigenen Lebensgeschichte umgehen zu können. Das, wozu die Einzelnen weitergebildet werden sollen, verbleibt aber nicht im Rahmen des Eigennutzes, sondern zielt auf eine lebendige, aktive Bürgergesellschaft, die für ein nachhaltiges Leben auf dem Globus kämpft. So werden die Teilnehmenden im vom Gesetz intendierten Bildungsprozess nicht nur als „Einzelne“ angesprochen, sondern als „Beteiligte“ an einem gemeinsamen Lernprozess, in dem sich Kooperation und Gesellschaftsbildung ereignen. Für die Frage nach der politischen Bildung sind deshalb nicht nur die Inhalte von Interesse, sondern auch die Prozesse des gemeinsamen Lernens.

Das Evangelische Bildungswerk sieht darin seine Ausrichtung und sein Leitbild bis heute gut aufgehoben. Dies gilt umso mehr, als eine Gesetzesnovellierung von 2011 einen rechtsphilosophischen Gedanken aufgenommen hat, der insbesondere die konfessionelle Erwachsenenbildung herausfordert.

Der berühmte Satz des ehemaligen Richters am Bundesverfassungsgericht Ernst-Wolfgang Böckenförde, der freiheitliche, säkularisierte Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren könne, weist auf die Bedeutung einer moralischen Substanz hin, die von Einzelnen oder gesellschaftlichen Gruppen der Gesellschaft zur *Selbstregulierung der Freiheit* zur Verfügung gestellt wird. Politische Erwachsenenbildung muss diese Art „Gemeinsinn“ im Blick haben, will sie essenziell zur Handlungskompetenz und zur gelebten politischen Praxis beitragen. Zwar müssen demokratische Staaten in pluralen Gesellschaften sich zu allen Wertegemeinschaften gleichermaßen distanziert oder in gewissem Sinn neutral verhalten, doch müssen sie zunächst einmal vor allem daran interessiert sein, dass es Wertegemeinschaften gibt, die menschenrechtsorientiert zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. Dementsprechend ist in den Richtlinien zur Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes der Fördertatbestand der politischen Bildung ausgeweitet worden auf „politische, wert- und normenorientierte Bildung und die Integration Zugewanderter“.

In der gelebten Weiterbildung geschieht ein Stück Gesellschaftsbildung im Kleinen. Wo einander Fremde sich auf gemeinsame Lernprozesse einlassen, wird die Fähigkeit eingeübt, die eigenen Interessen in ein Verhältnis zu den Interessen anderer zu setzen, Andersartigkeit wahrzunehmen und als wertvoll zu begreifen, nach Gemeinsamem oder zumindest gemeinsam Aushaltbarem zu suchen, kompromissfähig zu werden. Das letzte Themenjahr „Reformation und Toleranz“ war ein guter Anlass, um diesen Zusammenhang in etlichen Veranstaltungen explizit zu machen.

### III. Wenn es an einer kritischen, debattierenden Öffentlichkeit mangelt

Natürlich beschränkt sich die politische Qualität der Arbeit unseres Bildungswerks nicht nur auf das Prozessgeschehen in den Veranstaltungen, ebenso bedeutsam ist die Frage nach der Auswahl von Themen und Inhalten. Im Rückblick fällt dabei auf: Die politische Erwachsenenbildung hat in den ersten 20 Jahren der Bildungsarbeit unter den Weiterbildungsgesetzen von starken Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften und starken sozialen Bewegungen profitiert. In einer politisierten Öffentlichkeit war sie geübt darin, Zeiten und Räume der Qualifi-



Joachim Barloschky, Mit-Initiator des Bündnisses für Wohnen und  
BU-Dozent von uns zu Armut/Reichtum-Themen.

kation für politisches Handeln sowie für die Reflexion und Neuausrichtung bestehender Gruppenpraxis zur Verfügung zu stellen. Die Frauenbewegung, die neuen sozialen Bewegungen, die Bremer Gemeinden in der Abrüstungsinitiative, das Arbeitslosenprogramm, die Ökumenische Initiative, all das forderte auch unser Bildungswerk stark heraus. Themen stellten sich uns durch eine politisch aktive, debattierende Öffentlichkeit.

Das ist heute anders. Gegenwärtig verlaufen die Debatten, wenn überhaupt, individualisiert und mit teilweise fragwürdigen Ergebnissen in Social Media. Wenn weiterhin gilt, was der Lehrmeister der politischen Bildung Oskar Negt vertritt, dass „kritische Öffentlichkeit ein wesentliches Medium sozialen und politischen Lernens bleibt“, dann muss es angesichts des Zusammenbruchs einer politisch debattierenden und handelnden Öffentlichkeit nicht weiter verwundern, dass von einer Krise der politischen Bildung gesprochen wird.

Die neue Herausforderung besteht darin, selbst etwas herstellen zu müssen, wovon die Weiterbildung bisher als Vorgegebenheit gelebt hat: eine politische Öffentlichkeit.

Die Politik selbst noch vergrößert diese Herausforderung, indem sie kein gutes Beispiel einer politisch debattierenden Öffentlichkeit abgibt und das eigene Mandat mehr oder weniger vollständig an die den Mediengesetzen unterliegenden Talkmaster abgegeben hat.

An dieser Wahrnehmung setzt die Themenwahl für unsere aktuellen Veranstaltungen der politischen Bildung an:

#### a) Demokratie und Transparenz

„Eine Hand wäscht die andere – Demokratie und Transparenz“ ist ein symptomatisches Bildungsurlaubsthema. Es geht hier darum, die Vielschichtigkeit des Themas „Lobbyismus und Korruption“ aufzugreifen, persönliche Haltungen zum Lobbyismus zu reflektieren, unterschiedliche Formen von Lobbyismus zu differenzieren und Handlungsperspektiven zu entwickeln. Unsere Leitfrage ist: Wie können wir als aktive Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen auf bestehende Lobbys und ihre Aktionsformen? Der Veranstaltungsort wird möglichst einbezogen in die Sacharbeit am Thema. Wie sieht es z. B. aus mit dem Lobbyismus auf der Ferieninsel Langeoog? Bürgermeister Uwe Garrels stellt sich der Seminargruppe im Gespräch zur Verfügung, das Planspiel „Hotelbauprojekt HappyDüne“ lässt weiterspinnen, was im Gespräch mit dem Bürgermeister erfahren wurde. Das Handeln von Nichtregierungsorganisationen gegen Korruption, die Frage nach Kriterien für eine demokratisch akzeptable Lobbyarbeit und der Vergleich der eigenen Haltung zu Beginn des Bildungsurlaubs und am Ende des Arbeitsprozesses schließen die Seminarwoche ab.

In ähnlicher Weise werden auch in anderen Bildungsurlaubsangeboten die Möglichkeiten genutzt, die Wahrnehmungen der politischen Vorgänge in unserer Gesellschaft zu differenzieren und einen Begriff der „Politik von unten“ zu stärken. Die Spannung zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut und die Gefahren der wachsenden Spanne zwischen Reich und Arm sind in Bremen, der Stadt der auseinanderdriftenden Stadtteile und im Bundesland der klammen Staatskasse, ein vorrangiges Thema. Bei seiner Bearbeitung spielen auch die religiösen Traditionen, eine Haltung zu Armen und Reichen auszubilden, eine Rolle. Politische Bildung kann helfen, von Lebenslagen in Stadtteilen zu erfahren, in die man von sich aus nie geht, und Zentrum und Rand (im geografischen wie im übertragenen Sinn) beieinanderzuhalten. Das Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ ist dafür ein gutes Beispiel. Das Projekt „Aufsuchende Altenarbeit/Hausbesuche“ in drei und bald vier Stadtteilen am Rande, in dem unser Bildungswerk die Qualifizierungsaufga-

be der freiwillig Besuchenden übernommen hat, ist ein weiteres Beispiel. Mit feiner Doppelsinnigkeit lautet hier die programmatische Überschrift: „Alten in guter Gesellschaft“.

b) *„Mit Gott allzeit bereit!“ – Die Bremische Evangelische Kirche und der Erste Weltkrieg*

Ein wichtiges Handlungsfeld der politischen Bildung sind die alljährlichen Gedenkveranstaltungen im Interesse eines „Erinnerns für die Zukunft“. Was aber kommt in dieser Hinsicht 2014, in diesem „Super-Gedenkjahr“ auf uns zu? 100 Jahre Erster Weltkrieg, 80 Jahre Barmen, 75 Jahre Zweiter Weltkrieg, 25 Jahre friedliche Revolution in der DDR! Die Bremische Evangelische Kirche – und mit ihr auch unser Bildungswerk – hat ihren Schwerpunkt auf den ersten Gedenk Anlass gelegt. Die Diskussion über den Ersten Weltkrieg begann ja schon im letzten Herbst mit der Veröffentlichung der „Schlafwandler“ des australischen Historikers Christopher Clark. Für uns war dies ein Anlass, im Gespräch mit dem Militärhistoriker Wolfram Wette sehr schnell und kritisch auf mögliche Verschiebungen des Diskurses über deutsche Kriegsschuld in unserem Kontext aufmerksam zu machen. Ein „Forum Gedenken Erster Weltkrieg“ hat sich gebildet, um alle Aktivitäten des Gedenkens in der Stadt zusammenzufassen und gemeinsam zu bewerben. Wir wirken dabei mit.

In besonderer Weise den Ersten Weltkrieg und das Jahr 1914 zum Thema zu machen, ist darin begründet, dass seine Schrecken in der Erinnerungsarbeit und der politischen Bildung hinter der Nazi-Zeit und dem Zweiten Weltkrieg verblasst sind. Dabei ist 1914 – und nicht 1933 oder 1939 – die Geburtsstunde einer Menschenverhärtung und menschengemachten Zerstörungsgewalt in zuvor nie geahntem Ausmaß. Im Kriegsausbruch sahen die Kirchen ihre Chance, die Verliererstraße im gesellschaftlichen Modernisierungsprozess verlassen und im Leben der Nation wieder eine herausragende Rolle spielen zu können. Sie forderten zum leidenschaftlichen Einsatz des eigenen Lebens auf und wollten über den Schmerz des Todes hinwegtrösten. Die Bremische Evangelische Kirche hat eine Wanderausstellung zu ihrer Geschichte im Ersten Weltkrieg unter dem Titel „Mit Gott allzeit bereit!“ in Auftrag gegeben. Sie wird Ende Juli 2014 in der Kulturkirche eröffnet und dann durch die Gemeinden ziehen. Die Erwachsenenbildung wirkt hier im Begleitprogramm mit. Ein Teil der Ausstellung

wird sich auch dem 400. Reformationsjubiläum mitten im Krieg 1917 widmen, aus dessen Anlass die Bremische Evangelische Kirche sich ein neues Gesangbuch mit einer Fülle kriegsverherrlichender Lieder geschenkt hat. Der Ausblick auf die Lehren aus den Schrecken des Krieges auf der Schluss Tafel der Ausstellung wird sich mit dem Jahr 1924 beschäftigen, dem 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs. Es waren nicht die Stimmen eines „Nie wieder Krieg!“, die damals noch den kirchlichen Rückblick bestimmten, es war die Stunde der Gedenktafeln und Gedenkkapellen, die über die Ehrung der gefallenen Soldaten den Kriegstugenden neuen Glanz verliehen und die Traumatisierten in ihren Qualen allein ließen.

Was aber macht man mit dem Erbe der Gedenktafeln in den Kirchen, wenn man sich mithilfe der Ausstellung vergegenwärtigt, für welche kirchliche Positionierung sie stehen? Diese Frage wird eine der vielen Herausforderungen sein, die die Begleitung der Ausstellung mit sich bringt. Sie politisiert u. a. einen Programmklassiker der kulturell-theologischen Bildung, nämlich die kirchenraumpädagogische Seminarwoche „Sprechende Räume der Stille“. 2014 heißt dieses Angebot nun „Bremer Kirchbauten als Friedens-Orte“ und behandelt die Frage eines friedensfördernden Umgangs mit den Hinterlassenschaften der Kriege im Kirchenraum.

Für die Reihe „Literatur an Ort und Stelle“ wiederum lag es nahe, einen Besuch in Wien bei Karl Kraus (1874–1936) einzuplanen unter dem Titel „Allein gegen ein Heer von Phrasen“.

An seinem Beispiel lässt sich gut ein protestantisches Ziel politischer Bildung formulieren: Die Stärkung einer Haltung, auf den eigenen Verstand zu vertrauen, sich autonom vom „Geist der Zeit“ abzusetzen und dem eigenen Gewissen zu folgen. In einer seit zwei Jahren durch Bremer Gemeinden kursierenden Ausstellung „Versöhnung im Alleingang“ erzählen wir eine bewegende Geschichte von Verbrechen, Vergeltung und Vergebung aus der unmittelbaren Nachkriegszeit in Bremen 1945/1946. Der einzige Überlebende eines Massakers auf einem Bauernhof im Bremer Blockland, dem seine ganze Familie beim Überfall ehemaliger Zwangsarbeiter in der Bußtagsnacht 1945 zum Opfer fiel, sendet, noch schwer verletzt im Krankenhaus liegend, in die aufgeheizte, auf drastische Bestrafung drängende Stimmung bei der

Trauerfeier für die Familie und in der bremischen Öffentlichkeit eine Botschaft der gnädigen Zuwendung zu den Opfern des Nazi-Terrors, die zu Tätern wurden: „Unser Haus war stets ein Haus der Liebe, wo die Niedrigen geachtet wurden und den Ärmsten Hilfe ward. Das soll auch weiterhin meinem Leben Leitstern sein.“ In den Gesprächen, die diese Ausstellung und ihr Begleitprogramm auslösen, kann zur Sprache kommen, was bis in die Gegenwart durch die Geschichte der Bundesrepublik hindurch tabuisiert blieb, diese diffizilen Zusammenhänge von deutscher Schuld und deutscher Leidenserfahrungen, und kann eine Haltung des Vergebens statt des Vergeltens als ein Inbegriff politischer Vernunft stark gemacht werden.

Wie die aktuelle Konjunktur des Themas „Kriegskinder“ erweist, holen solche Diskussionen nicht nur Versäumtes der Vergangenheit nach, sie gehören in die Gegenwart. Die Vorgänge in der Ukraine etwa bringen erschreckend zutage, dass wir viel näher am „Schlafwandeln“ von 1914 sind, als wir uns je hätten träumen lassen. Die Denkbare eines „heißen“ Krieges an der alten Grenzlinie des Kalten Krieges schimmert in einer Weise durch die politischen Diskurse hindurch, dass man am Wert allen Engagements in der Friedensbewegung und aller Bildungsarbeit des „Erinnerns für die Zukunft“ und der gewaltfreien Kommunikation verzweifeln möchte. Umso wichtiger ist es, dass uns die Gedenkveranstaltungen dieses Jahres in eine geschärfte Aufmerksamkeit für die mobilmachenden Gefahren der Phrasen führen und uns den Einsatz für Versöhnung als den Weg der politischen Vernunft nahebringen.

#### c) *Ankommen im Advent*

Und auch das gehört zur politischen, wert- und normenorientierten Bildung: Unterbrechungen zu organisieren vom zermürbenden Arbeitsalltag und vom rund um die Uhr rollenden Euro. Daran zu erinnern, dass unser Leben Rhythmen des Tuns und Lassens braucht, ist eine besondere Aufgabe gerade der kirchlichen Erwachsenenbildung. Unser schon häufiger im Dezember angebotener Bildungsurlaub „Ankommen im Advent“ erfreut sich immer wieder großer Beliebtheit. Weil viele ahnen, dass es sich für sie lohnt, den Tiefendimensionen der Advents- und Weihnachtszeit auf die Spur zu kommen, an biblischen Texten zu entdecken, worum es eigentlich geht und welche Kraft in der Haltung des Erwartens

und in der besonderen Gestaltung dieser Zeit steckt. Wer dies begreift, entwickelt auch ein Gespür für die Festzeiten der anderen, für Ramadan und Chanukka, und trägt zum guten Leben in Pluralität bei.

#### IV. *Weiter nach dem guten Leben fragen*

Sie gehören zusammen, die politische Bildung und die Frage nach dem guten Leben. Die DEAE hat bei ihrer Mitgliederversammlung in Bremen im März 2014 ihren Studientag zum Thema „Politische Bildung als Frage nach dem guten Leben“ diesem Zusammenhang gewidmet. Gut leben kann ich nicht für mich allein, ich brauche dazu „vibrierende Resonanzverhältnisse“ (Hartmut Rosa) zur Welt und zu den anderen. Im Bremer Beitrag zum Studientag haben wir „Raum“ (Zentrum und Rand) und „Zeit“ (Gestern und Morgen) als besondere Kategorien der politischen Bildung vorgestellt und die Teilnehmenden in einer Exkursionsphase an vier besondere Resonanzorte in Bremen geführt, ins „Zentrum“ der Stadt mit dem Rathaus und seiner projektbezogenen Bürgerorientierung und an den „Rand“ zur reichen Projektzone im sozialen Brennpunktstadtteil Osterholz-Tenever, zum „Gestern“ im Bamberger-Haus der Bremer Volkshochschule, das ein großes jüdisches Kaufhaus war, bis die Nazis den Kaufmann Julius Bamberger enteigneten und aus Deutschland vertrieben, und zum „Morgen“ im Gemeindehaus Matthias-Claudius, das nach einer Gemeindefusion zum Mehrgenerationenhaus geworden ist und sich konsequent zum kinderreichen Stadtteil öffnet.

Politische Bildung als Frage nach dem guten Leben: Darum ist es in den 40 Jahren unter dem Bremischen Weiterbildungsgesetz gegangen, darum geht es heute und wird es morgen gehen.

